

## DEUTSCHE POLITIK

### ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1960

Die letzten Monate der bundesdeutschen Innenpolitik waren ganz von der Vorbereitung der nächstjährigen Bundestagswahlen erfüllt. Dabei kann nicht verkannt werden, daß die Sozialdemokraten durch ihren frühen Start, der eigentlich schon mit der Godesberger Tagung im vergangenen November und dem dort verkündeten Programm begonnen hat, einen Vorsprung gewonnen haben. Die CDU wurde in die Defensive gedrängt und konnte sich aus ihr trotz aller Anstrengungen bis heute noch nicht zu lösen.

#### *Karlsruher CDU-Parteitag*

Ansätze zu einer offensiveren Haltung blieben auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe im Keime stecken. Beunruhigt durch die Reaktion der Arbeitnehmer auf den Entwurf einer sogenannten Krankenversicherungsreform, hatten die Sozialausschüsse der Partei in einer internen Sitzung gedroht, sie würden sich „an keine Abmachung mehr gebunden fühlen und auf die Barrikaden gehen“ (Vorstandsmitglied der IG Bergbau, *Scheppmann*), wenn die Entschließung der Sozialausschüsse nicht vom Plenum des Parteitages angenommen würde. Andere Parteitagsdelegierte waren zur Unterstützung bereit, so solche aus Baden und Württemberg, die schilderten, daß die Vertrauensleute der CDU in großen Betrieben nicht mehr mit dem landesüblichen „Grüß Gott, sondern mit dem Zuruf „Eins-fünfzig!“ — dem vorgesehenen Betrag der Selbstbeteiligung — begrüßt würden. Trotzdem fehlte, als am letzten Tage abgestimmt wurde, in der vom Redaktionskomitee revidierten Fassung der Entschließung der entscheidende Absatz, in dem verlangt worden war, daß der Mehraufwand für die Leistungsverbesserung der Krankenversicherung nicht einseitig den Versicherten aufgebürdet werden dürfe. Die Sozialausschüsse machten trotzdem ihre Drohungen nicht wahr, sondern gaben wieder einmal klein bei.

Andere, die große Masse der Arbeitnehmer schwer belastende Unterlassungen und Maßnahmen der Bundesregierung kamen hinzu. Da waren zunächst die spürbaren Preissteigerungen für Lebensmittel, vor allem für neue Kartoffeln, die hohen Preise für Gemüse, die von der Regierung geförderte Preissteigerung

## DEUTSCHE POLITIK

für Käse, die die Verbraucher erbitterten. Dann kamen die beträchtlichen, bis zu 38 vH gehenden Erhöhungen der Wohnungsmieten. Gerade diejenigen Regierungspolitiker, die den Warnungen von *Katzer* und *Scheppmann* in Karlsruhe keinen Glauben schenken wollten, waren auf einmal sehr verstört, als die Popularitätskurve der Sozialdemokraten bei einer Umfrage im Juni plötzlich um einen Punkt über der der CDU lag.

#### *Wahlen in Baden-Württemberg und an der Saar*

Die CDU hat bereits zwei Wochen nach ihrem Karlsruher Parteitag eine schmerzliche Quittung erhalten. Sie war in den Wahlkampf für einen neuen baden-württembergischen Landtag mit dem laut verkündeten Ehrgeiz hineingegangen, die absolute Mehrheit zu erringen, und brachte es nicht einmal ganz auf 40 vH. Die Sozialdemokraten hingegen gewannen trotz der niedrigen Wahlbeteiligung von nur knapp 60 vH noch 150 000 Stimmen hinzu, und ihr Abstand zur CDU in der Fraktionsstärke verringerte sich von 20 auf 7 Mandate. Allerdings wurde dieses Votum des Volkes nicht honoriert. Gegen seine bessere Überzeugung mußte Ministerpräsident *Kiesinger* dem Druck seiner Parteifreunde in Bonn nachgeben und die Sozialdemokraten aus der bisherigen Allparteienregierung ausbooten.

Auch die am gleichen Tage abgehaltenen Kreistagswahlen im Saargebiet brachten der CDU eine Schlappe und die Feststellung, daß die Verschmelzung der CDU mit der Christlichen Volkspartei *Hoffmanns* nicht gelungen war. Hatten CDU und Hoffmann-Partei vor drei Jahren zusammen 55 vH aller Stimmen erreicht, so brachte es die vereinigte CDU diesmal nur auf 37 vH, während die neue Saarländische Volkspartei einen beträchtlichen Teil der mit der Rückgliederung des Saargebietes unzufriedenen Wähler auffing und es im ersten Ansturm auf 11 vH der Stimmen brachte. Auch die reichlich nationalistische Demokratische Partei Saar des Dr. *Heinrich Schneider* erlitt beträchtliche Einbuße. Eindeutig profitiert haben von der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Entwicklung an der Saar die Sozialdemokraten, die diesmal 60 vH mehr Stimmen als vor vier Jahren errangen und offensichtlich selbst von ihrem Erfolg überrascht waren, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß sie an verschiedenen Orten weniger Kandidaten aufgestellt hatten, als ihnen auf Grund des ermittelten Wahlergebnisses Sitze zustanden. Die Kreistagswahl an der Saar ist allerdings inzwischen vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt worden, weil in dem Wahlgesetz die sogenannten Rathausparteien nicht zugelassen waren. Eine Neuwahl wird in Kürze stattfinden müssen.

### Die Kronprinzenfrage

Als zweiter wesentlicher Punkt blieb auf dem Karlsruher Parteitag der CDU die Kronprinzenfrage weiter in der Schwebe. Bemühungen vor allem aus Bayern, hier endlich zu einer Entscheidung zu kommen, wurden von Adenauer selbst vereitelt, als er in seiner einleitenden Rede sagte, man solle sich nicht allzuviel den Kopf darüber zerbrechen, wer sein Nachfolger werde. Erhards Verärgerung war unverkennbar, als er sich der Fernsehaufnahme eines gestellten Händedrucks mit dem Kanzler entzog. Zwar kam, als der Kanzler dann seinen Urlaub in Cadenabbia verbrachte und Erhard ihn dort besuchte, nach außen so etwas wie eine Aussöhnung und die Erklärung zustande, die CDU werde mit Adenauer und Erhard zusammen in den Bundestagswahlkampf gehen.

Adenauer scheint jedoch seine Popularität überschätzt und den rechten Zeitpunkt für eine Übergabe an den Nachfolger verpaßt zu haben. Da er es versäumt hat, den Kronprinzen aus der eigenen Partei zu benennen oder benennen zu lassen, ist durch die politische Entwicklung der Sozialdemokrat Willy Brandt offenbar im Bewußtsein des bundesdeutschen Publikums wie wohl auch der Amerikaner zu seinem Nachfolger aufgerückt. Ja, die letzte DIVO-Umfrage zeigt, daß der einst unbestritten an der Spitze liegende Konrad Adenauer heute in der Publikumsbeliebtheit nicht nur weit hinter Willy Brandt liegt, sondern daß er auch noch von Ludwig Erhard, dem er allzulange den Weg versperrte, geschlagen wurde.

### „Schönheitskonkurrenz unter Männern“

Die *Neue Zürcher Zeitung* hat kürzlich in einem Bericht ihres Bonner Korrespondenten von einer Schönheitskonkurrenz unter Männern gesprochen. Der Korrespondent empfindet diesen „Wahlkampf nach amerikanischem Muster“ als einen Degenerationsprozeß, weil ja in der Bundesrepublik nicht wie in den USA ein Präsident oder Kanzler, sondern ein ganzes Parlament zu wählen sei, das seinerseits erst den Kanzler zu küren habe. Das statt dessen angewendete Verfahren entwerfe in einem gewissen Grade das Parlament und degradiere die Parteien zu Anhängseln der Führer, meint er nicht ganz zu Unrecht. Der ansonsten sehr adenauerfreundliche Korrespondent ist aber gerecht genug einzuräumen, man könne diesen Degenerationsprozeß nicht der SPD zur Last legen; vielmehr habe die CDU ihn ausgelöst, indem sie seit Jahren den Wählern statt eines Programms Adenauer oder ihr Programm in Gestalt dieses einen Mannes präsentiert habe. Jetzt, da die SPD die attraktive Figur zu haben glaube, die sie dem großen alten Mann entgegenstellen könne, probiere sie es ihrerseits mit dem erfolgreichen Rezept ihres Gegners und gehe mit einem Kopf auf den Markt.

Freilich ist es nicht ganz richtig zu sagen, auch die Sozialdemokraten präsentierten den Wählern statt eines Programms Brandt oder ihr Programm in Gestalt dieses einen Mannes. Sie haben vielmehr eine *Elfermannschaft* ausgewählt, in der sich — um den Vorwurf mangelnder Regierungserfahrung zu entkräften — außer dem Berliner Regierenden Bürgermeister Brandt auch der Ministerpräsident von Hessen, Dr. *Georg-August Zinn*, der Bürgermeister des Stadtstaates Hamburg, *Max Brauer*, und der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Fritz Steinhoff*, befinden, daneben bekannte und prominente Politiker der Partei wie *Carlo Schmid*, der Wirtschaftspolitiker *Heinrich Deist*, *Fritz Erler*, der Fraktionsführer im Baden-Württembergischen Landtag und Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, Dr. *Alex Möller*, der DGB-Vorsitzende *Willi Richter* und der Vertriebenenpolitiker *Wenzel Jaksch*. Diese Elfermannschaft ist kein Schattenkabinet, sondern eine Elite, die für verantwortliche Regierungsarbeit zur Verfügung steht.

Darüber hinaus bietet die SPD seit Godesberg dem Wähler ein modernisiertes Programm an. Wie auch immer der sozialistische Theoretiker darüber urteilen mag, so viel steht fest, daß dieses wirtschaftlich liberalisierte und in der Einstellung zu den Kirchen stark von den alten Vorbildern abgehende Programm ein gutes Echo in der Öffentlichkeit und wohl auch einen nicht unerheblichen Neuzugang von Mitgliedern im Gefolge hat.

### Gemeinsame Außenpolitik

Gefördert wurde dieser Trend besonders, seitdem die Partei auf Betreiben des bis dahin als linksradikal verschrienen stellvertretenden Vorsitzenden *Herbert Wehner* eine gewisse außenpolitische Schwenkung vollzog und einer gemeinsamen Außenpolitik bzw. einer gemeinsamen außenpolitischen Bestandsaufnahme von Regierung und Opposition das Wort redete. Die Parteiführung und vor allem Wehner legen beträchtlichen Wert auf die Feststellung, daß diese Schwenkung nicht taktischer Natur — im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen —, sondern durch das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz bedingt sei, das angesichts der besonders für Deutschland verstärkten Gefahren eine nationale Geschlossenheit in der Außenpolitik verlange. Mit einer rhetorischen Glanzleistung, die alle taktischen Absichten der CDU/CSU für den Verlauf der Debatte über den Haufen warf, motivierte Herbert Wehner in der Bundestags-sitzung vom 30. Juni die neue Linie. Mit einem Mal war er für einen großen Teil der Presse, die ihn bisher als den linken Flügelmann seiner Partei ausgegeben hatte, zu „staatsmännischem Format“ emporgewachsen. In der eigenen Partei aber gab es neben viel Beifall doch auch manche Kritik und Mißver-

ständnisse. Die Bedenken innerhalb der Parteiorganisation und der Anhängerschaft dagegen, daß nun vielleicht angebetet werden solle, was man bisher verbrannt habe, nämlich die Adenauersche Außen- und Aufrüstungspolitik, sind durch die von *Fritz Erler* authentisch vorgetragene Erklärung, daß es bei der Gegnerschaft der Partei gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr bleibe, zur Ruhe gekommen. Die CDU, die ihr eindruckvollstes traditionelles Wahlarargument gegen die SPD bedroht sieht, hat bisher vergeblich versucht, die Aufrichtigkeit der SPD-Schwenkung anzuzweifeln.

### *Ein seltsamer Stil*

Auch bietet die CDU/CSU alles auf, um die von ihr als tödlich empfundene Gefahr einer Kandidatur Willy Brandts für den Kanzlerposten noch zu verhindern. Brandt werde in Berlin gebraucht und dürfe nicht von dort desertieren, lautet die neue Version, die man zu lancieren versucht. Brandts Entgegnung ist vor allem für die Berliner besonders plausibel, er könne als Bundeskanzler noch mehr für Berlin tun denn als Regierender Bürgermeister; Berlin sei ohnehin in der Vergangenheit von Bonn stark vernachlässigt worden. Das brachte den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Berliner CDU-Vorsitzenden *Ernst Lemmer* auf die Palme. Der Berliner „Regierende“ müsse aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herausgehalten werden, in die er bei einer Kandidatur zum Bundeskanzler naturnotwendig hineingeraten werde, was wiederum die Berliner Regierungskoalition von SPD und CDU gefährde.

In dieser Drohung steckt jedenfalls eine seltsame Auffassung von der Rolle der Parteien und den staatsbürgerlichen Rechten eines Regierenden Bürgermeisters. Noch bedenklicher freilich ist der Stil, mit dem versucht wird, Brandt durch eine bestimmte Presse und durch Flüsterpropaganda in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Da verbreitete eine Hamburger Agentur einen Artikel mit der Überschrift „Wehners Brandt“, der von einer Anzahl Provinzblätter nachgedruckt wurde und in dem Brandt als eine Art Werkzeug Wehners hingestellt wurde. In diesem und anderen Artikeln sind aber auch Bemerkungen enthalten, die auf Brandts Emigrationszeit in einer Art und Weise anspielen, die offensichtlich an zurückgebliebene Naziinstinkte appelliert. Besonders die letztere Methode hat im Ausland recht unliebsames Aufsehen erregt und kann auf die CDU als Bumerang zurückkommen. Der oben erwähnte regierungsfreundliche Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* riet kürzlich der CDU, die Finger davon zu lassen; sie würde ihr Ansehen im Ausland aufs Spiel setzen und überdies ihre eigenen Ursprünge verleugnen, wenn sie offen oder

verdeckt mit den Argumenten des Unbekehrten operiere. Die Norweger aber, bei denen Brandt seine Emigrationszeit verbrachte, haben gewisse Schnüffler wissen lassen, von ihnen sei alles andere als Schützenhilfe beim Materialsammeln gegen Brandt zu erhoffen. Außerdem wurde Brandt neuerdings ostentativ ein hoher norwegischer Orden verliehen.

### *Pflichtdienst zur Arbeitsmarktentlastung?*

Hier offenbart sich ein sehr betrüblicher und an undemokratische Instinkte appellierender Unwille, die Macht aus der Hand zu geben. Es erstaunt immer wieder, wie gering entwickelt der Sinn für freiheitliche Grundrechte auch bei Leuten ist, zu deren Entlastung nicht Unbildung angeführt werden kann. Der ausgezeichnete Artikel von *Walter Otto* „Abschied von der Freiheit?“ im Juni-Heft dieser Zeitschrift ist in den letzten Monaten um einige markante praktische Beispiele bereichert worden. Allen Ernstes hat der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Mutterhäuser vom Roten Kreuz die Einführung der Dienstverpflichtung für junge Mädchen, also einer Art *weiblichen Arbeitsdienst*, verlangt, um den Personalmangel an den Krankenhäusern zu beheben. Andere gehen sogar so weit, von einem weiblichen Pflichtdienstjahr eine Erleichterung auf dem Markt für Hauspersonal zu erhoffen. Welch eine unterentwickelte Vorstellung von der Freiheit der Person, der Würde des Menschen und dem Grundrecht der freien Berufswahl, Welch eine seltsame Auffassung auch von der freien Marktwirtschaft, die manche Leute nur solange und insoweit gelten lassen wollen, als sie ihnen persönliche Vorteile bringt!

Es ist sicher kein Zufall, daß gerade jetzt *Winfried Martini*, der schon vor Jahren mit seinem Buch „Das Ende aller Sicherheit“ als Verfechter des Ständestaates à la *Salazar* auftrat, mit einem neuen Buch „Freiheit auf Abruf — die Lebenserwartung der Bundesrepublik“ herausgekommen ist, in dem er, angeblich zur Rettung der Demokratie, das Abgehen von den uns geläufigen demokratischen Vorstellungen und Methoden fordert. Er ist ein zweiter Schlamm, gebildeter und differenzierter als dieser, freilich auch nicht mit dessen Fähigkeit zur schockierenden Demagogie begabt.

### *Der Fall Riemeck und die Meinungsfreiheit*

Vom demokratischen Geist oder Ungeist, so wie ihn Martini proklamiert, ist jene Entscheidung beseelt, durch die der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, *Schütz*, die Professorin an der Pädagogischen Akademie in Wuppertal, Frau Dr. *Riemeck*, aus dem Prüfungsausschuß ausgeschlossen hat, weil sie zwei Artikel veröffentlichte, die nicht der bei uns

herrschenden Auffassung über Chruschtschows Schuld am Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz entsprachen. Wir teilen die politischen Ansichten der Frau Riemeck nicht, glauben vielmehr, daß sie in Überbetonung ihres Nonkonformismus zu Theorien kommt, die nicht nur falsch sind, sondern auch vom Osten propagandistisch ausgenutzt werden. Aber sie hat bis jetzt nichts anderes getan, als von ihren staatsbürgerlichen Rechten, vor allem von ihrem Recht freier Meinungsäußerung, legalen Gebrauch zu machen. Strafbare oder verfassungswidrige Handlungen — wie letztere nach der Urteilsbegründung des Bonner Landgerichts offensichtlich auf das Konto des Herrn Schlamm geschrieben werden dürfen — liegen bei Frau Riemeck nicht vor. Es erscheint uns deshalb unerträglich und rechtsstaatsunwürdig, sie wegen ihrer von der allgemeinen abweichenden Ansicht zu disziplinieren.

Der eigentliche Skandal aber ereignete sich hinterher. Über 300 Studenten der Akademie, unter ihnen auch solche, die aus der Ostzone geflohen waren, hatten einen Sitzstreik veranstaltet und verlangt, daß die Vorwürfe gegen die geschätzte Lehrerin in einem Disziplinar- oder einem ordentlichen Gerichtsverfahren geklärt würden. Eine Anzahl Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten gegen die Beschränkung der Meinungsfreiheit protestiert; auch der bekannte Tübinger Professor Dr. *Theodor Eschenburg* hatte — mit Einschränkungen — Bedenken angemeldet. Ihnen allen widmete die mit Steuergeldern subventionierte Kölner Pressekorrespondenz *Wehrpolitische Information* in einem Artikel „KP in neuem Gewände?“ den unglaublichen Satz: „Das empörte Echo auf die Maßregelung der Renate Riemeck zeigt immerhin, daß es mit der berühmten Immunität gegen prokommunistische Thesen in unserem Lande so weit nicht her ist, wie man gemeinhin annimmt.“ Man muß also nicht einmal mehr eine von der herrschenden abweichende politische Meinung äußern, nein, es genügt schon, das Recht eines „Abweichlers“ auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, um aus einer amtlich inspirierten Ecke schon als Kommunist verteufelt zu werden. Man muß sich allen Ernstes fragen, wer den Bundesbürger nicht nur vor Verleumdungen, sondern auch vor Meinungsterror und indirekten Nötigungen schützt, die darauf hinauslaufen, ihn von der Ausübung fundamentaler Grundrechte wie der Meinungsfreiheit abzuschrecken.

#### „Formalistische Fallstricke“

Aber Rechtsstaatlichkeit darf heute leider schon wieder mit der herabsetzenden Bezeichnung „formalistische Fallstricke“ belegt werden. Das geschah in jenem so überaus traurigen *Ansbacher Simon-Prozeß*, der zum soundsovielten Male die Schuldigen an der Ermordung von drei Bewohnern des Dorfes Brett-

heim im April 1945 bestrafen sollte und immer noch keine Sühne fand. Das unerhörte Wort wurde gebraucht von einem im Kriege als Oberfeldrichter tätigen Manne, der — warum eigentlich? — über die Rechtmäßigkeit der Hitlerschen Terrorerlasse von 1944/45 befragt wurde. Der Mann, der diese Erlasse heute noch für rechtmäßig ansieht, weil sie den Kriegsrichter vor den „formalistischen Fallstricken“ sprich: Rechtsgarantien, bewahren sollten, ist heute Bundesdisziplinaranwalt der Bundeswehr in München! Nimmt man hinzu, daß ein als sachverständiger Zeuge vernommener General der Bundeswehr mit der Behauptung, in den letzten Kriegswochen habe die Zivilbevölkerung die Soldaten behindert, einer neuen Art von Dolchstoßlegende zur Geburt verholfen und daß das Ministerium ihn dafür auch noch in Schutz genommen hat, so kann es einem vor Geist und Entwicklungstendenzen dieser ursprünglich doch nur als Verteidigungsinstrument geschaffenen Institution nur bangen.

#### Der Fernsehstreit

Bei diesem Stand des Rechtsempfindens kann es nicht weiter verwundern, daß der Bundeskanzler in dem Bestreben, rechtzeitig zur kommenden Bundestagswahl das Zweite Fernsehprogramm als Propagandainstrument von Regierung und Regierungspartei zur Verfügung zu haben, sich einen verfassungsrechtlichen Coup leistete, wie er sich seit Bestehen des Grundgesetzes noch nicht ereignet hat. Als die Verhandlungen mit den Ländern über die Schaffung eines zweiten Fernsehprogrammes nicht zu dem vom Kanzler gewünschten Ergebnis, nämlich dem überwiegenden Einfluß der Bundesregierung, führten, gründete er kurzentschlossen eine GmbH, in der der Bund über 51, die Länder zusammen über 49 vH der Stimmen verfügen sollen. Da die Länder aber nicht freiwillig mitmachten, bestellte der Kanzler seinen Justizminister *Schäffer* zum Treuhänder für die Länder und forderte diese auf, bedingungslos beizutreten. Mit den Sendungen werde in jedem Falle am 1. Januar 1961 begonnen.

Der Coup glückte freilich nicht so, wie sich die Urheber Adenauer, *Schröder* und ihre juristischen Berater es sich gedacht hatten. Auch die von der CDU regierten Länder lehnten dieses Verfahren ab, und Justizminister Schäffer wurde von seinen bayerischen Freunden sehr ungnädig abgefertigt. Das schließt freilich nicht aus, daß die CDU-Länder doch noch von Adenauer gewonnen werden. Die vier von SPD-Ministerpräsidenten geführten Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen allerdings sind standhaft in der Ablehnung geblieben, und Hamburg hat inzwischen sogar Verfassungsklage in Karlsruhe erhoben. Der Norddeutsche Rundfunk und der Westdeutsche Rundfunk, denen vertraglich das

Rundfunk- und Fernsehmonopol in ihren Sendebereichen zugesichert ist, haben Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Sollten die Verfahren nicht bis zum 1. Januar entschieden sein, so ist mit einstweiligen Verfügungen gegen die Ingangsetzung eines auf dieser einseitigen Grundlage beruhenden zweiten Programms zu rechnen.

Das Skandalöse an diesem Vorgang ist die Art und Weise, wie der Kanzler glaubt, die zwischen Bund und Ländern umstrittene Frage der Rundfunkhoheit und die notwendige Mitwirkung der Länder statt im Bundestag und Bundesrat einfach durch einen vom ihm selbst stipulierten GmbH-Vertrag autoritär regeln zu können. Er stützt sich dabei auf die Überzeugung, daß es dem Publikum nur darauf ankomme, ein zweites Programm zu erhalten und daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit die Bevölkerung nicht interessiere.

#### *Schöne Aussichten für Notstandsgesetzgebung*

Die Skrupellosigkeit dieses Verfahrens und der Zynismus, mit dem Adenauer, Schröder und Schäfer den Coup vor geladenen Gästen mit Sekt begossen, hat doch mehr Staub aufgewirbelt, als die Initiatoren erwartet hatten. Die Länder bangen um die ihnen grundsätzlich garantierten Eigenrechte, und auch Politiker der CDU/CSU beginnen zu fürchten, daß das Verfahren, verfassungsrechtliche Probleme einseitig durch GmbH-Vertrag zu regeln, beim Kanzler Schule machen könnte. Unter der Einwirkung dieses Coups hat sich übrigens auch der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die vom Kanzler und seinem Innenminister Schröder

der geplante *Notstandsgesetzgebung* verstärkt. Wenn schon in normalen Zeiten so mit der Verfassung umgesprungen werde wie im Fernsehstreit — meinen die Kritiker —, wessen solle man sich dann unter einem Ausnahmezustand gewärtigen, der von einer einfachen Mehrheit des Bundestages ausgerufen werden kann? Die Befürchtung, daß der Ausnahmezustand zur Regelung von Arbeitskonflikten mißbraucht werde, hat neue Nahrung bekommen.

#### *Regierung und Interessenten Hand in Hand*

Es muß in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen werden, wie sich im gleichen Maße, wie die Verwilderung der Rechtsauffassung voranschreitet, die Bundesregierung immer stärker zum Exekutivorgan einer kleinen Schicht von Großinteressenten macht. Das ist besonders evident im Falle des Fernsehvertrages. Die Kommerzialisierung dieses Programms, das durch die bezahlte Reklame erfolgen soll, für die zehn vH der Sendezeit reserviert sind, ist so beängstigend, daß sich auch die beiden Kirchen dagegen gewandt haben. Die Bundesregierung scheint aber entschlossen zu sein — und die personellen Vorbereitungen, die bis jetzt bekanntgeworden sind, bestätigen es — hier eine möglichst enge Verquickung von großkapitalistischen und Regierungsinteressen zu finden, offensichtlich in der Hoffnung, damit die Bundestagswahlen 1961 doch noch zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Was sich hier abzeichnet, ist für den Bestand unserer Demokratie gefährlicher, als es sich der Durchschnittsbürger träumen läßt.

*Dr. Hans Henrich*